



⇒ Tobias Jakobi

Claus Leggewie (Hg.): Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung

Der Ruf der Politikberatung ist seit einigen Jahren merklich schlechter geworden. Mehrere Großprojekte wie das Dosenpfand, die Lkw-Maut oder die so genannten Hartz-Gesetze, bei denen Berater maßgeblich beteiligt waren, sind nicht gerade als strahlende Erfolgsgeschichten in die bundesdeutsche Geschichte eingegangen. Gleichzeitig ist das Feld der Politikberater unübersichtlicher geworden. Es sind nicht mehr allein Wissenschaftler, die als externe Sachverständige herangezogen werden oder in entsprechenden Gremien sitzen. Neben dieser »klassischen« Politikberatung spielen Unternehmensberatungen wie McKinsey und Roland Berger und ein Heer an PR-Agenturen eine immer größere Rolle. Bei diesen neuen Akteuren der Politikberatung scheint die Grenzen zum Lobbying teilweise zu verschwimmen. Den Eindruck, dass so unter der Hand bestimmte Interessen einen größeren Einfluss bekommen, wurde auch durch die Kommissionen und außerparlamentarischen Gremien verstärkt, die besonders unter der Regierung Schröder in die Kritik geraten sind.

Mit dieser Entwicklung ist auch das wissenschaftliche Interesse an der Politikberatung (wieder) gestiegen. Üblicherweise werden dabei (neue) Akteure und Formen der Politikberatung thematisiert, wie dies jüngst das 2006 von Falk u. a. herausgegebene *Handbuch Politikberatung* umfassend dokumentiert hat. Der hier vorliegende Band nimmt dagegen das Stichwort »Beratung« in einem anderen Sinn auf – als öffentliche Konsultation beziehungsweise Deliberation. Denn dieser komme im Dickicht von Expertisen und Gegenexpertisen eine besondere Bedeutung zu,

was Claus Leggewie in der Einleitung des Bandes so formuliert: »Die Frage ist heute (nicht) nur: Wer berät

Angela Merkel, sondern auch: Mit wem und wie berät (sich) der gut informierte Bürger jenseits von Zeitungslektüre, gelegentlichem Austausch mit Meinungsführern und einer von Betroffenheit und verwissenschaftlichem Alltagswissen genährten Subpolitik« (10)? Die Hoffnung, dass es zu einer breiteren öffentlichen Konsultation kommen könne, für die dann der Begriff Gesellschaftsberatung angemessen zu sein scheint, wird dabei vor allem von der jüngeren Entwicklung der elektronischen Medien genährt.

Ob diese Hoffnung begründet ist, d. h. der Weg von der Politik- zu Gesellschaftsberatung offen steht, wurde auf einer Tagung am Gießener Zentrum für Medien und Interaktivität im Oktober 2005 diskutiert. Der vorliegende Band versammelt die Mehrzahl der Beiträge zu dieser Tagung. Sie sind in vier thematische Blöcke gegliedert. Die Autoren des ersten Blocks – unter ihnen *Frank Fischer*, der wohl prominenteste US-amerikanische Vertreter der so genannten argumentativen Wende in der Politikwissenschaft – setzen sich kritisch mit dem Konzept der deliberativen Demokratie auseinander. Die überschwängliche Hoffnung, die in der Demokratietheorie damit verbunden war und teilweise noch ist, steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu realen deliberativen Verfahren. Denn die demokratietheoretische Qualität von Diskursverfahren, Mediation, Planungszellen und Konsensuskonferenzen ist durchaus umstritten. Das Modell deliberativer Demokratie bei Habermas führt hier nicht weiter, wenn es schematisch zwischen deliberativer Politik in der Zivilgesellschaft und interessengeleiteten Verhandlungen im politischen System unterscheidet. Statt dessen sollte diese strikte Trennung aufgegeben und materielle Interessen, Machtfragen und strategische Interaktionen sollten in das Konzept integrieren werden. Das öffnet den Blick auf eine ganze Bandbreite möglicher und bereits existierender Formen politischer Beratung. Diese von *Bettina Lösch* formulierte Kritik am Modell deliberativer Demokratie bei Habermas ist keineswegs neu. Sie ist jedoch im deutschsprachigen Kontext weiterhin notwendig, in dem Habermas immer noch die übliche Referenz bei dem Stichwort deliberative Demokratie ist – anders als in der

angelsächsischen Diskussion, die bereits seit Mitte der 1990er viel breiter geführt wird.

Die Autoren des zweiten Blocks diskutieren den Begriff der Gesellschaftsberatung. Dabei geht es sowohl darum, was mit Gesellschaft gemeint ist – »die« Gesellschaft als Makrosubjekt, als Gesamtheit aller gesellschaftlichen Kommunikationen oder konkrete gesellschaftliche Gruppen – als auch um die Form der Beratung – wird Gesellschaft beraten oder berät sie »sich selbst«? Auch die Frage, welchen Status solche Beratungen haben sollen, ist hier umstritten. Während *Alfons Bora* davor warnt, deliberative Verfahren als Gesellschaftsberatung zu bezeichnen und so aus seiner Sicht ihres politischen Kerns zu berauben, argumentiert *Silke Schicktanz* für den bestimmten Bereich bioethischer Fragen dafür, diese gerade nicht als Interessenvermittlungsdiskurse, sondern als Reflexionsdiskurse zu gestalten.

Die Autoren des dritten Blocks betrachten Politik- und Gesellschaftsberatung im Kontext der Mediendemokratie. *Stefan Marshall* und *Frank Nullmeier* verdeutlichen, dass die Medien als weiterer bedeutender Akteur in der Analyse viel stärker zu berücksichtigen sind, als dies bisher geschehen ist. Politiker und Politikberater nutzen die Medien, ohne dass sie gleichzeitig steuern könnten, wie über Politikberatung berichtet wird. Öffentlichkeit als Schlüsselkategorie jeder Form von Gesellschaftsberatung wird wiederum medial hergestellt. Dabei kommt dem Internet vermeintlich eine neue bedeutende Rolle zu, so dass *Erik Meyer* und *Christoph Bieber* sogar vom »digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit« sprechen wollen. Als Beispiele öffentlicher Kommunikation im Internet führen sie die Internetangebote von Politikern, ihren Unterstützern und Parteien sowie podcasts – also Hörbeiträge, die kostenlos im Internet abgerufen werden können – als neues Medium der Kommunikation an. Hier können sie zwar jeweils viel Potenzial für eine deliberative Netzöffentlichkeit identifizieren, müssen jedoch gleichzeitig feststellen, dass diese empirisch nicht annähernd zum Ideal einer digitalen Gegenöffentlichkeit führen. So stellen podcasts eher eine Form

von partizipativem Journalismus dar, der sich allerdings fast gänzlich privaten und nicht öffentlichen Themen widmet.

Mit diesem Fazit und besonders auch inhaltlich hätte man ihren Beitrag auch gut in den vierten Themenblock des Sammelbandes sortieren können, dessen Beiträge die digitalen Medien in der Gesellschaftsberatung diskutieren. Hier geht es um blogs, also Tagebücher im Internet, die kollaborative Wissensproduktion – wie beispielsweise bei wikipedia – und internetbasierte Wissens- und Konzeptkarten. Möglichkeiten und Grenzen dieser Medien werden sehr differenziert diskutiert. Keiner der Autoren möchte vorschnell aufgeben, dass in diesen neuen Formen Potenziale für eine netzbasierte Deliberation stecken. Dabei lernt der Leser durchaus einige ambitionierte Blogs und andere interessante politische Ansätze kennen. Gleichzeitig wird jedoch in allen Beiträgen darauf hingewiesen, dass die Realität des so genannten web 2.0, also der neuen interaktiven Form des Internets, davon weit entfernt ist. Denn die Voraussetzungen gehaltvoller deliberativer Verfahren sind im Internet offensichtlich nicht weniger anspruchsvoll als in der realen Welt. Und wie dort entstehen sie auch im Internet nicht von selbst.

Die Beiträge des Sammelbandes schlagen also einen weiten thematischen Bogen. Das bringt viele interessante Einzelheiten und einige neue Einsichten zu Tage, erleichtert es aber auch nicht gerade, am Ende ein halbwegs klares Gesamtbild zu erhalten. Vielleicht hat der Herausgeber deshalb auch auf ein Resümee verzichtet und in die Einleitung nur wenige entsprechende Hinweise eingestreut. Das Konzept des Bandes kann so nicht ganz überzeugen. Unter Umständen wäre Weniger durchaus Mehr gewesen. Das trifft gleichzeitig wohl auf die Mehrzahl der Sammelbände zu, die aus Tagungen entstehen. Geht man realistischerweise davon aus, dass solche Bände meist nicht komplett sondern aus ihnen sowieso nur Einzelbeiträge rezipiert werden, mag man sich daran nicht stören.

Der vorliegende Sammelband bietet sich als eine solche Fundgrube auf jeden Fall an. Die Qualität der Beiträge ist durchweg hoch. Als ehemalige Vorträge sind sie zudem überwiegend gut zu lesen. Der Ansatz, das Verhältnis von Politikern, Experten und Bürgern zu reflektieren und dabei nicht einfach mehr Deliberation zu fordern, sondern nach geeigneten Medien öffentlicher Konsultation zu suchen, ist schließlich sicher richtig. Wie dieser Band zeigt, stellen sich dabei zur Zeit jedoch noch mehr Fragen, als es bereits Antworten gibt, so dass ein Fragezeichen in seinem Titel mehr als berechtigt gewesen wäre.